



Die Meinung der Bewohner zählt nicht!

Im Januar 2017 wurde bekannt, dass die POST ihre Filiale beim Toblerplatz schliessen und durch eine in einem Geschäft integrierte Postagentur ersetzen möchte. Am 9. Februar fand ein Gespräch zwischen der POST, der Vertreterin der Stadt Zürich (Stadtentwicklung Zürich - Stv. Bereichsleiterin Gesellschaft und Raum) und Vertretern des Vorstands des Quartiervereins Fluntern statt. Der Vorstand beschloss danach, den öffentlichen Informationsabend der POST abzuwarten, um zu entscheiden, ob eine Petition lanciert werden soll. Der Infoabend der POST fand am 19. Juni statt. Aufgrund der mehrheitlich ablehnenden Haltung der anwesenden Bevölkerung wurde die untenstehende Petition lanciert (siehe Seite 2).

Stadtrat hat schon entschieden

Die Bevölkerung des Quartiers Fluntern sagt in weniger als 4 Wochen Sammelzeit mit über 700 Unterschriften deutlich Nein zur Umwandlung der Poststelle in eine Postagentur (als Vergleich: für eine Volkinitiative müssen in 1 ½ Jahren 100'000 Unterschriften gesammelt werden, was bei einer Bevölkerungszahl von 8 Mio einem Prozentanteil von 1.25% entspricht. Bei rund 8'000 Einwohner im Quartier Fluntern entspricht dies 8.75% - dies in weniger als vier Wochen).

Der Stadtrat hat nun in Kenntnis des Petitionstexts und ohne das Ende der offiziellen Sammelfrist vom 17. Juli abzuwarten an der Stadtratssitzung vom 12. Juli dem Antrag der POST zugestimmt - zum grossen Erstaunen des Vorstandes und wohl auch der Bevölkerung. Der Quartierverein Fluntern hat mit Befremden von der heutigen Medienmittelung der Stadt Kenntnis genommen. Wieso der Stadtrat im Wissen, dass eine Petition unterwegs ist, dieses Geschäft noch vor der Sommerpause behandelt hat, ist sehr irritierend, respektive an den Bürgern vorbei politisiert. Dies ist umso erstaunlicher, setzen sich doch die Mehrheitsparteien im Stadtrat auf nationaler Ebene für einen starken Service Public ein. Da fragt man sich: Vertritt die Stadt eher die Anliegen der POST als jene ihrer Bewohner? Auf die vielen «Nicht-Digital Natives», bedingt durch die Altersstruktur im Quartier Fluntern, wird offensichtlich nicht Rücksicht genommen.

Rückgängigmachung gefordert

Die Petition wird diese Woche im Stadthaus an Frau Stadtpräsidentin Corine Mauch übergeben mit der Aufforderung den Stadtratsentscheid rückgängig zu machen. Der Vorstand des Quartiervereins Fluntern wird an seiner nächsten Sitzung vom 8. August das weitere Vorgehen diskutieren. Es ist zu hoffen, dass die Gemeinderäte nach ihren Ferien sich dieser Sache annehmen, mit Blick auf das, was alles auf nationaler Ebene betreffend POST und Service Public im Tun ist (siehe Petitionstext Seite 2).

Mitteilung vom Quartierverein Fluntern – Mittwoch, 19. Juli 2017

Für Fragen wenden Sie sich an:

Roland Meier – Vizepräsident

044 252 00 12 / 079 250 79 02



PETITIONSTEXT

Wir, Bewohnerinnen und Bewohner vom Quartier Fluntern, protestieren gegen den Abbau des Service Public der Post AG im Quartier Fluntern. Gegen eine Umwandlung der Postfiliale Toblerplatz in eine Postagentur spricht die Tatsache, dass dann nicht mehr alle Dienstleistungen erbracht werden können. Die Dienstleistungsqualität und das Angebot gemäss Service Public Auftrag werden somit im Quartier reduziert.

Unser Quartier Fluntern ist mit seinen rund 8000 Einwohnern vergleichbar einer Kleinstadt am Rande der grossen Stadt Zürich. Und dazu gehört eine Postfiliale mit dem kompletten Angebot. Diesen Bedarf kann man nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Distanz zur nächsten Postfiliale sehen. Eine Poststelle hat auch immer einen sozialgesellschaftlichen Stellenwert: Sie ist ein Treffpunkt für die Bevölkerung und besonders wichtig auch für die in Fluntern sehr grosse Zahl älterer Menschen. Unser Quartier gilt anteilmässig als das mit der zweitgrössten Anzahl älterer Menschen in Zürich. Diese benötigen für ihre Alltagsbedürfnisse die Präsenz einer Poststelle mit dem kompletten Angebot im Quartier und schätzen dies für ihr Quartierleben.

Zudem wurden im National- und Ständerat soeben mehrere Vorstösse überwiesen, die sich gegen den Abbau der Poststellen wenden. So verlangt eine Motion der zuständigen Kommission des Nationalrats, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen überarbeitet werden, damit mehr Poststellen erhalten bleiben. Und sie will, dass die Postagenturen alle Dienstleistungen der Post anbieten müssen, also auch den kompletten Zahlungsverkehr. Eine überragende Mehrheit im Nationalrat (von 172 zu 13 Stimmen bei 4 Enthaltungen) hat diesem Vorstoss zugestimmt. Zudem sind im Ständerat Standesinitiativen der Kantone Genf, Tessin und Wallis hängig, die eine direkte Mitsprache der betroffenen Gemeinden und der Bevölkerung fordern.

Deshalb fordern die Unterzeichnenden die Stadt Zürich und den Gemeinderat auf, sich mit aller Kraft dafür einzusetzen, dass die Poststelle Fluntern erhalten bleibt und keine weiteren Poststellen in der Stadt Zürich geschlossen werden, bevor nicht auf nationaler Ebene die gesetzlichen Rahmenbedingungen überarbeitet worden sind.